



# iran-report

Nr. 05/2002

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik:

Umfrage: Rund 90 Prozent der iranischen Bevölkerung sind mit der Islamischen Republik unzufrieden / Wächterrat lehnt Gesetz gegen Folter ab - Harsche Kritik vom Parlament / Heiratsalter für Mädchen auf 13 Jahre und für Jungen auf 15 Jahre festgelegt - Parlament protestiert / Parlament verabschiedet Neues Gesetz zum Kinderrecht - Kinderarbeit unter 15 Jahren verboten / Vierzig Peitschenschläge für Parlamentsabgeordneten wegen „Beleidigung der Nationalen Ölgesellschaft“ / Außenminister Fischer kritisiert in Berlin Verletzung der Menschenrechte in Iran

### II. Wirtschaft

Die Lage der iranischen Wirtschaft - Blockade wichtiger Gesetzesreformen - Regierung erhöht Fördermittel für Privatunternehmen und Investitionen / Hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen / Verdoppelung des Kraftstoffverbrauchs in fünf Jahren / Wirtschaftliche Perspektiven des Transitverkehrs und der Transportindustrie - Kritik an Verkehrspolitik und fehlenden Investitionen in Infrastruktur / Die Krise der Landwirtschaft / Ausbau der petrochemischen Industrie / Tourismus soll verstärkt gefördert werden

### III. Außenpolitik

Autonomieregierung Palästinas wirft Iran Unterstützung terroristischer Organisationen vor / Die Beziehungen zwischen Iran und USA - Washington bleibt hart - Furcht vor iranisch-russischem Atomkraftwerk - Terrorismusvorwurf erneuert - Inoffizielle Annäherung / Türkischer Staatspräsident Sezer auf Staatsbesuch in Teheran - Trotz Mißtrauen weitere Zusammenarbeit vereinbart / Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der EU - Washingtons Intervention erfolglos

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2002 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
alvarez@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de

## I. Innenpolitik

### **Umfrage: Rund 90 Prozent der iranischen Bevölkerung sind mit der Islamischen Republik unzufrieden**

Am 05. Juni präsentierte Ashraf Borudjerdi, Staatssekretär des Innenministeriums für soziale Fragen und kommunale Angelegenheiten, das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage über die Einstellung der Bevölkerung zum islamischen Staat. Danach seien rund 90% der Bevölkerung mit der islamischen Republik unzufrieden, von diesen wiederum 23% für einen grundlegenden Wandel der Staatsordnung. Nur 10,7% seien mit ihrem Staat zufrieden. 66,2% hätten sich für Reformen ausgesprochen. Borudjerdi bezeichnete das Ergebnis der Umfrage als äußerst besorgniserregend. 39,2% der Befragten seien der Meinung, in Iran werde das Recht missachtet, 49% vermissten individuelle und gesellschaftliche Rechtssicherheit. 32,5% geben an, keine Zukunftsperspektive zu haben. Nur 39% der Bevölkerung schauen mit Zuversicht in die Zukunft.

Das für eine aus einer Volksrevolution mit religiösem Anspruch hervorgegangene Macht wenig schmeichelhafte Ergebnis zeigt, dass der Graben zwischen Herrschenden und BürgerInnen immer tiefer wird. Borudjerdi resümierte: „Sollte eine Trennung von Staat und Volk stattfinden, oder eine Spaltung der Generationen, wäre dies der Beginn des Zerfalls der herrschenden Macht und außerordentlich gefährlich.“

### **Wächterrat lehnt das vom Parlament verabschiedete Gesetz zum Verbot von Folter ab**

Wie bereits berichtet, hatte das Parlament am 8. Mai 02 ein umfassendes Gesetz zum Verbot von Folter verabschiedet. Danach sollten durch Folter erzwungene Geständnisse, Einzelhaft, Anlegen von Augenbinden, Durchführung von Verhören während der Nacht, Schlafentzug, Beschimpfungen und Beleidigungen, Entzug von Nahrung, Wasser und frischer Luft verboten werden. Alle Geständnisse, die unter den genannten Umständen erfolgten, dürften von Gerichten nicht als Beweismaterial gegen die Angeklagten verwendet werden.

Der Wächterrat, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz in Kraft treten kann, erklärte, das Gesetz bedürfe in neun Punkten einer Korrektur und sei in fünf Punkten mit islamischen Grundsätzen nicht vereinbar. Zwar wies der Wächterrat darauf hin, dass jeder Versuch, Menschen zu misshandeln, verboten sei und Geständnisse, die durch Foltern erzwungen werden, vor Gericht keine Gültigkeit haben. Dennoch bedürfe das vom Parlament verabschiedete Gesetz einer gründlichen Überarbeitung.

### **Heiratsalter für Mädchen auf 13 Jahre und für Jungen auf 15 Jahre festgelegt**

Das islamische Parlament hatte ein Gesetz verabschiedet, wonach das Heiratsalter für Mädchen auf 15 und für Jungen auf 18 Jahren erhöht wurde. Der Wächterrat verweigerte seine Zustimmung zu dem Gesetz. Da sich die beiden Instanzen, Parlament und Wächterrat nicht einigen konnten, musste der für solche Fälle zuständige „Rat zur Feststellung der Interessen des Staates“, dem Ex-Staatspräsident Rafsandjani vorsteht, über den Konflikt entscheiden. Der Rat beschloss, das Mindestheiratsalter für Mädchen auf 13 und für Jungen auf 15 Jahren festzulegen. In Ausnahmefällen bedürfe die Heirat der Zustimmung der Väter und des Familiengerichts.

Die Parlamentsabgeordnete Fatemeh Rakei, Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Familie, protestierte gegen die Entscheidung. „Es ist zu bedauern,“ so Rakei „dass nach eineinhalbjähriger Diskussion im ‚Wächterrat‘ und im ‚Rat für die Feststellung der Interessen des Staates‘ ein solches Ergebnis zustande gekommen ist“.

### **Neues Gesetz zum Kinderrecht**

Das islamische Parlament verabschiedete ein Gesetz, das künftig die Rechte der Kinder wahren soll. Danach soll jede Missachtung der Rechte der Kinder, auch dann wenn es keinen privaten Kläger gibt, gerichtlich verfolgt werden. Zurzeit erhalten 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche keine Schulausbildung, weil sie ganztätig arbeiten und damit zum Familienunterhalt bei-

tragen müssen. Davon sind 400.000 Kinder jünger als 15 Jahre. Als Grund für diesen Missstand werden der rasche Anstieg der Bevölkerungszahl und Massendlandflucht genannt. Das Gesetz, das im Parlament einstimmig verabschiedet wurde, verbietet u.a. jede Art von Kinderarbeit bei Kindern unter 15 Jahren. Man hofft nun, dass dieses Gesetz auch die Zustimmung des Wächterrats erlangt.

#### **Vierzig Peitschenschläge für einen Parlamentsabgeordneten**

Der Parlamentsabgeordnete Akbar Aalami wurde wegen „Beleidigung der Nationalen Ölgesellschaft“ zu vierzig Peitschenschlägen verurteilt. Aalami hatte nach eigenen Angaben mehrmals Anfragen an den Minister für Ölindustrie eingereicht, in denen er über bestimmte Vorgänge, die auf Korruption und Amtsmissbrauch deuteten, Aufklärung verlangt hatte. Danach habe der verantwortliche Beamte beim Verwaltungsgericht eine Klage gegen ihn eingereicht. Aalami deutet die Anklage und das Urteil als Einschüchterungsversuch. Empört über dieses Urteil, das in seiner Abwesenheit und ohne Vernehmung von Zeugen erfolgt war, erklärte er in einer öffentlichen Parlaments-sitzung, kein Gericht könne einem Volksvertreter den Mund verbieten. Er verwies auf die Immunität von Abgeordneten und sagte: „Die Verurteilung eines Abgeordneten zu Peitschenschlägen, eines Abgeordneten, der seine Pflichten als Volksvertreter wahrnimmt und gegen Korruption und Amtsmissbrauch vorgeht, bedeutet nichts anderes als Peitschenschläge gegen das ganze Volk. Ich erkläre hiermit, dass niemand es wagen sollte, das iranische Volk mit Peitschenschlägen zu bestrafen. Wir als Vertreter des Volkes sind bereit, bei der Erfüllung unserer Pflichten auch Gefängnisstrafen zu erdulden oder zum Galgen zu schreiten. Aber eine Erniedrigung durch Peitschenschläge werden wir niemals hinnehmen.“

Inzwischen hat das Ministerium für Ölindustrie seine Klage zurückgezogen. Mohammad Aghai, Staatssekretär im Ölministerium erklärte, die Klage habe mit den Anfragen des Abgeordneten nichts zu tun. Sie sei aufgrund von persönlichen Beleidigungen erfolgt. Jeder Beamte oder Angestellte müsse

das Recht haben, sich gegen persönliche Beleidigungen zu wehren.

#### **Außenminister Fischer kritisiert Verletzung der Menschenrechte in Iran**

Der deutsche Außenminister Fischer kritisierte Anfang Juni auf einer Pressekonferenz in Berlin die Verletzung der Menschenrechte in Iran und betonte, man dürfe im Kampf gegen den internationalen Terrorismus die Menschenrechte nicht außer Acht lassen. Fischer sagte, viele Strafmaßnahmen, die sich in Iran auf das islamische Recht berufen, seien mit international anerkannten Menschenrechten nicht vereinbar. Er habe bei seinem letzten Besuch in Teheran und bei Gesprächen mit iranischen Regierungsvertretern das Problem deutlich zur Sprache gebracht und die Missachtung der Menschenrechte kritisiert. Diese Gespräche seien konstruktiv gewesen und er habe festgestellt, dass die Regierung Chatami diesbezüglich einige Erfolge erzielt habe. Fischer vertrat die Ansicht, dass der Dialog mit der Islamischen Republik fortgesetzt werden müsse.

## II. Wirtschaft

### Die Lage der iranischen Wirtschaft

Bei einem Treffen mit Vertretern aus Industrie und Wirtschaft in Teheran erklärte Präsident Chatami, seine Reformpolitik habe im Bereich der Wirtschaft mehr Erfolge erzielt als auf politischem und sozialem Gebiet. Als Beispiel nannte er die Reform des Finanz- und Geldsystems, eine erhöhte Devisenrücklage und Reformen von Gesetzen und Bestimmungen insbesondere zu ausländischen Investitionen. Die Steuerpolitik habe ein grösseres Engagement inländischer Investoren gefördert, was zur Steigerung der Produktivität des Landes geführt habe. Der Regierung sei es gelungen, die Verzahnung zwischen Handel und Industrie zu verbessern, zivile Einrichtungen zu fördern, und die Privatisierung staatlicher Einrichtungen zu beschleunigen. „Wir hatten uns vorgenommen, der Privatwirtschaft mehr als 3 Milliarden Dollar aus den Devisenrücklagen zur Verfügung zu stellen“, sagte Chatami. „Doch wir sind aufgrund unserer maroden Verwaltung bei diesem Vorhaben nicht so rasch vorangekommen, wie wir es uns gewünscht hätten.“

Als ein wichtiges Hindernis im Privatisierungsprozess bezeichnete Chatami das große Misstrauen privater Unternehmer gegenüber dem Staat. Dieses Misstrauen sei chronisch und beruhe auf langjährigen Erfahrungen. Um dem abzuhelpfen, müsse der Staat der Privatwirtschaft mehr Sicherheiten und Perspektiven als bisher bieten.

Als größtes Problem des Landes bezeichnete Chatami die Arbeitslosigkeit. Obwohl seine Regierung mit der Schaffung von 490.000 neuen Arbeitsplätzen einen in der iranischen Geschichte bisher einmaligen Erfolg erzielt habe, sei man von dem Ziel, das erreicht werden müsste, noch weit entfernt. Um das Problem der Arbeitslosigkeit, vor allem bei jüngeren Arbeitskräften, bewältigen zu können, müssten jährlich mindestens eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Erläuternd zu den Ausführungen des Staatspräsidenten fügte der Minister für Industrie und Bodenschätze, Eshagh Djahangiri hinzu: „Von den 3,8 Milliarden Dollar für die Förderung der In-

dustrie zurückgelegten Devisenreserven sind erst 1,8 Milliarden an die Banken weitergeleitet worden. Davon wurden bisher 550 Millionen Dollar als Kredit vergeben.“ Der Regierung sei es gelungen, 60.000 Arbeitsplätze mehr als erwartet zu schaffen. Zehntausende Projekte seien initiiert worden, etwa 10.000 industrielle Produktionsstätten befänden sich im Aufbau. Die Regierung bemühe sich, den Aufbau dieser privaten Unternehmen zu beschleunigen.

Demgegenüber beklagte Finanz- und Wirtschaftsminister Tahmaseb Mazaheri, die Finanz- und Geldpolitik stimme mit den Reformplänen der Wirtschaft nicht überein. Doch ohne eine stärkere Verzahnung von Wirtschaft, Industrie und Finanzen sei eine rasche Entwicklung nicht möglich. Als Beispiel erwähnte er das veraltete Banksystem, das sich den Erfordernissen einer modernen Wirtschaft anpassen müsse.

Nach Ansicht von Teheraner Beobachtern können die Ausführungen des Staatspräsidenten und seiner Kabinettsmitglieder nicht über den desolaten Zustand der iranischen Wirtschaft hinwegtäuschen. Hohe Arbeitslosigkeit, Korruption, Mangel an Planung, Schmuggelwirtschaft, der marode Verwaltungsapparat, das Fehlen von erforderlichen Sicherheiten für das Privat- und Auslandskapital haben die wirtschaftliche Dynamik des Landes abgewürgt. Hilflös schauen Parlament und Regierung dem Zusammenbruch entgegen, denn ihnen fehlt die Macht, um notwendige Gesetze zu beschließen bzw. Pläne durchzusetzen. Über die Wirtschaft haben andere Mächte das Sagen, mafiöse Stiftungen, Schmuggelbanden, der Bazar und mächtige Unternehmen, die direkt oder indirekt von bestimmten staatlichen Einrichtungen, die sich zumeist in der Hand der Rechten befinden, unterstützt werden. Kürzlich erklärte der iranische Wirtschaftsminister öffentlich im Parlament, sein Ministerium habe keinerlei Kontrolle über die Aus- und Eingänge von Waren an den iranischen Häfen am Persischen Golf. Die französische Botschaft in Teheran erstellte im vergangenen Monat einen Bericht über die wirtschaftliche Lage Irans und erwähnte dabei die Rolle der „Stiftungen“, u.a. die von „Astan-e ghods-e razawi (islamische Stiftung) und „bonjad-e mostazafan“ (Stiftung für Besitzlose).

„Astan-e ghods-e razawi“ ist der größte Grundbesitzer des Landes und verfügt zugleich über ein gigantisches Wirtschaftsimperium, das eine Vielzahl von Produkten -Arzneimittel, Nahrungsmittel, Textilien- erzeugt und am Transport von Gas und Außenhandel insbesondere mit den Staaten Mittelasiens beteiligt ist. Die Stiftung hat einen geschätzten Umsatz von rund 250.000 Milliarden Rial (ca. 14 Milliarden US-Dollar). Die Summe entspräche dem gesamten Jahreshaushalt des iranischen Staates.

„Bonjad-e mostazafin“ ist nach unterschiedlichen Angaben mit 7 bis 10 Prozent am Bruttosozialprodukt beteiligt. Ihr Jahresumsatz würde damit zwischen 7 und 10 Milliarden US-Dollar betragen. Diese Stiftung verfügt über 1630 Produktionseinheiten mit 150.000 Beschäftigten.

Beide Stiftungen unterstehen direkt Revolutionsführer Khamenei. Außer ihm sind sie niemandem Rechenschaft schuldig. Bis vor wenigen Monaten waren sie sogar von der Steuerpflicht befreit. Sie bilden die wichtigsten finanziellen Quellen der Rechten in Iran.

Diese Umstände erschweren jeden Versuch, die Wirtschaft zu reformieren und die Entwicklung voranzutreiben. Um wirksame Reformen durchzuführen, bedarf es bestimmter Strukturveränderungen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung. Dafür fehlt der Regierung Chatami die politische Macht.

### **Arbeitslosigkeit**

Die Arbeitslosigkeit gehört zu den wichtigsten Problemen, mit denen Iran konfrontiert ist. Zurzeit sind nach offiziellen Angaben 27% der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung. Nach Einschätzung des Finanzministers wird Iran im Jahr 2003/2004 fünf Millionen Arbeitslose haben. Der Sprecher des „Komitees Iranischer Produzenten“ geht sogar davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen bereits in vier Jahren die Grenze von 9 Millionen überschreiten wird. Die Arbeitslosigkeit betrifft vor allem Menschen mit höherer Ausbildung. Zurzeit sind im Gesundheitswesen rund 8000 Ärzte, 14.000 Hebammen und 18.000 Krankenschwestern arbeitslos.

Die Regierung legte Anfang Juni ein Notprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Das Programm sieht für kleine und mittlere Unternehmen fünfjährige Förderkredite in Höhe von 30 Millionen Rial (rund 17.000 US-Dollar) vor. Fraglich bleibt, ob diese Aktion tatsächlich zu einem spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit führen kann und ob die Regierung überhaupt zur Durchführung dieses Programms fähig sein wird. Denn bisher haben 16.000 Kleinunternehmen die Anleihe beantragt, Schätzungen gehen von insgesamt 300.000 Antragstellern aus. Für die Bearbeitung der Anträge wäre ein enormer Aufwuchs des zuständigen Verwaltungsapparats erforderlich - eine gewisse Skepsis bezüglich der Durchführbarkeit des Programms scheint also berechtigt.

### **Anstieg des Benzinverbrauchs**

In diesem Jahr stieg der Benzinverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 7% auf 42 Millionen Liter pro Tag. Vor fünf Jahren betrug der Tagesbenzinverbrauch noch 18 Millionen Liter. Das bedeutet, dass Iran zurzeit fast die Hälfte seiner Rohölproduktion zur Deckung des Inlandsbedarfs verwendet. Etwa ein Fünftel des Benzinbedarfs, rund 10 Millionen Barrel im Wert von 1,4 Milliarden Dollar wird aus dem Ausland eingeführt. Da der Benzinpreis im Inland im Vergleich zu den Benzinpreisen in den Nachbarländern wesentlich niedriger ist -ein Liter Benzin kostet 500 Rial (28 US-Cent)- wird eine große Menge Benzin ins Ausland geschmuggelt. Hinter diesem Schmuggelgeschäft stehen oft militärische und paramilitärische Organisationen.

### **Transit und Verkehr**

In einer Analyse für Radio Free Europe leistete der Wirtschaftswissenschaftler und Journalist Fereidun Khawand eine kritische Bestandsaufnahme der iranischen Verkehrspolitik. Das Land mit einer Fläche von 1,648 Millionen km<sup>2</sup> und fünfzehn internationalen Grenzen an Land und Wasser befindet sich an einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkten der Welt. Es verbindet Europa und den Nahen Osten mit dem Staaten des Mittleren und Fernen Osten und die Golfstaaten mit den Staaten Mittelasiens. Es könne somit wirtschaftlich als

eines der wichtigsten Transitländer für Handelsströme von dieser Lage profitieren. Ökonomisch betrachtet wären Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vermutlich nicht weniger lukrativ als die in die Erdölförderung getätigten. Das neue Abkommen zwischen Indien, Iran und Russland zum Ausbau eines Verkehrskorridors oder eines „Nord-Süd-Verkehrs“ entspreche dieser Einschätzung.

Iran besitzt zurzeit zehn Häfen am Persischen Golf und am Kaspischen Meer, mit einer Kapazität von insgesamt 42 Millionen Tonnen im Jahr. Das Eisenbahnnetz umfasst eine Strecke von 9100 km, davon sind 6400 km Haupt- und 2700 km Nebenstrecken. Das Land verfügt über 176.000 km Fernstraßen und 58 zivile Flughäfen mit einer Kapazität von insgesamt rund 80 Millionen Passagieren im Jahr.

Obwohl die Islamische Republik seit ihrer Gründung großen Wert auf den Ausbau von Verkehrs- und Transportwegen legte, entspricht die Infrastruktur nicht den nationalen und internationalen Bedürfnissen und blockiert damit Wachstumspotentiale des Landes. Um alle Möglichkeiten ausschöpfen zu können, bedarf es weitaus größerer Investitionen.

### **Landwirtschaft**

Khawand bezeichnet die starke Parzellierung des Grund und Bodens als das wichtigste Hindernis bei der Entwicklung der iranischen Landwirtschaft. 84% der landwirtschaftlichen Einheiten verfügen über weniger als 10 Hektar, 66% sogar über weniger als 5 Hektar Boden. Es gibt nicht wenige Einheiten, die nicht einmal 2 Hektar Boden zur Verfügung haben. Unter diesen Umständen sei es höchst fraglich, ob sich Investitionen in der Landwirtschaft und die Modernisierung der Produktion lohnten, ob die Produktion wesentlich gesteigert werden könne.

Die erste große Parzellierung landwirtschaftlicher Flächen erfolgte mit der so genannten „Bodenreform“ des Schahs in den sechziger Jahren. Der damalige Plan, den Großgrundbesitz zugunsten von landwirtschaftlichen Kooperativen aufzulösen scheiterte. Auch nach der islamischen Revolution, die sich die Wahrnehmung von Interessen ärmerer Schichten wie z.B. Landarbei-

ter und Pächter auf ihren Fahnen geschrieben hatte, setzte sich die Parzellierung fort. Das Erbrecht trug in den letzten Jahrzehnten ebenfalls zur weiteren Aufteilung bei. Von den 18 Millionen Hektar ertragfähiger Böden befinden sich zurzeit nicht einmal 3 Millionen Hektar in der Hand der Kooperativen. Die Regierung Chatami ist nun entschlossen, der Fortschreitung der Parzellierung durch ein entsprechendes Gesetz einen Riegel vorzuschieben. Ob es gelingt, die hierfür notwendigen Änderungen im Erbrecht durchzusetzen, bleibt fraglich.

### **Petrochemische Industrie**

Nach Einschätzung von Khawand besitzt Iran das Potential, sich zu einem der petrochemischen Produktionszentren der Welt zu entwickeln. Mohammad Reza Nematzadeh, Leiter der nationalen petrochemischen Industrie Irans, gab kürzlich bei einem Interview mit dem in London erscheinenden Wirtschaftsmagazin „Maid“ bekannt, Iran plane 15 Großprojekte im Bereich der Petrochemie. Bislange habe das Land lediglich im Inland investiert. Doch nun sei man entschlossen, auch Unternehmen im Ausland zu kaufen.

Die Idee, die petrochemische Industrie in Iran auszubauen, kam bereits in den sechziger Jahren auf. Damals wurden u.a. in den Städten Schiraz, Khark, Abadan, Ahwaz petrochemische Produktionsstätten aufgebaut. Doch mit der Revolution und dem achtjährigen Krieg gegen Irak geriet dieser Industriezweig in den Hintergrund und eine ganze Reihe von Projekten, die gemeinsam mit internationalen Konzernen geplant waren, wurde aufgegeben. Erst 1980 wurden einige Vorhaben reaktiviert. Die alten Produktionsstätten wurden ausgebaut und neue in Isfahan, Arak, Täbriz, Chrasan und Urumieh gegründet. Die petrochemische Industrie befindet sich fast ausschließlich in staatlicher Hand. Die Branche beschäftigt rund 16.000 Menschen und hat eine Kapazität von 14 Millionen Tonnen im Jahr; die tatsächliche Produktion wird allerdings auf 12 Millionen geschätzt. Davon werden 28% im Wert von 800 Millionen Dollar in den Fernen und Mittleren Osten und nach Indien exportiert. Der Ausbau der petrochemischen Industrie gehört zu den wichtigsten Teilen des dritten Fünfjahresplans.

Bis zum Jahre 2003 soll die Produktion durch eine Investition von 20 Milliarden Dollar auf 17 Millionen Tonnen und der Exportwert auf 10 Milliarden Dollar gesteigert werden.

#### **Tourismus soll gefördert werden**

Said Mohsen Emami, Stellvertretender Amtsleiter für Tourismus erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung „Aftab Yazd“, die Regierung plane die Einrichtung eines neuen Ministeriums für Tourismus. Dieses Ministerium beabsichtige, die Infrastruktur für aus- und inländische Touristen auszubauen und sich auch dafür einzusetzen, dass bestimmte Gesetze, die Touristen betreffen, geändert werden. Emami schätzt, dass Iran durchaus in der Lage sei, jährlich 15 Millionen Touristen aufzunehmen. Zurzeit werde Iran von rund 1,5 Millionen ausländischen Touristen besucht. Vor der Amtsübernahme Chatamis sei diese Zahl um fast 50% geringer gewesen. Iran habe viele Sehenswürdigkeiten zu bieten. Mit dem Bau weiterer Hotels und Freizeitzentren und intensiverer Werbung, insbesondere in den arabischen Nachbarländern, könne die Tourismusbranche eine bedeutende Einnahmequelle für Devisen darstellen. Die Regierung sei nun entschlossen, in diesem Bereich größere Investitionen vorzunehmen und die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

### **III. Außenpolitik**

#### **Die Autonomieregierung Palästinas beschuldigt Iran, terroristische Organisationen zu unterstützen**

Zum ersten Mal wurde Iran offiziell von der palästinensischen Autonomieregierung beschuldigt, Selbstmordanschläge zu organisieren und terroristische Organisationen zu unterstützen. Nach dem Selbstmordanschlag gegen einen Reisebus in Israel am 5. Juni 2002, bei dem 11 Israelis getötet wurden, erklärte der Sprecher der Autonomieregierung, dass der Anschlag, für den die Organisation „Islamischer Dschihad“ die Verantwortung übernommen hatte, mit Unterstützung der Islamischen Republik organisiert worden sei. „Uns ist bekannt“, sagte er in einem Interview mit der BBC, „dass die Organisation Islamischer Dschihad finanziell und ideologisch von der Islamischen Republik Iran unterstützt wird. Wir wissen auch, dass Iran bei der Organisation einiger Selbstmordanschläge direkt mitgewirkt hat. Schließlich ist uns bekannt, dass der Führer der Organisation „Islamischer Dschihad“ sich in Teheran aufhält.“

#### **Beziehungen zwischen Iran und USA**

In dem Jahresbericht des State Departments über „staatliche Unterstützer des Terrorismus“, der Ende Mai dem amerikanischen Kongress vorgelegt wurde, wird Iran als der Staat bezeichnet, der unter den sieben „Schurkenstaaten“ (Libyen, Syrien, Kuba, Irak, Nordkorea, Sudan und Iran) am meisten dem internationalen Terrorismus Unterstützung gewähre. Der fast zweihundert Seiten umfassende Bericht billigt Libyen und Sudan „Besserung“ zu. Iran hingegen habe dem Bericht zufolge nicht nur militante palästinensische Gruppen bei Selbstmordattentaten in Israel unterstützt, sondern auch bei Terroranschlägen in der Türkei, am Persischen Golf und in Mittelasien aktiv mitgewirkt.

#### **Das russisch-iranische Atomkraftwerk**

Die Befürchtungen der Amerikaner, wohl auch Israels, gehen dahin, dass Iran in naher Zukunft doch chemische und atomare Massenvernichtungswaffen herstellen könnte. Anlaß zur Sorge lie-

fert der im Bau befindliche iranische Atomreaktor in der Nähe der südiranischen Stadt Bushehr. Das Atomkraftwerk, an dem rund 4000 russische und iranische Fachleute arbeiten, wird nächstes Jahr fertig gestellt.

Mit dem Bau von zwei Reaktoren mit einer Kapazität von 1200 Megawatt bereits wurde bereits zu Zeiten des Schah begonnen, das deutsche Unternehmen Siemens erhielt den Auftrag. Doch mit der islamischen Revolution und dem achtjährigen iranisch-irakischen Krieg trat eine lange Unterbrechung ein. Chenehin hielt Revolutionsführer Chomeini das Projekt für ein Symbol westlicher Dekadenz und lehnte es ab. Auch hatten irakische Bomber das bereits im Bau befindliche Atomkraftwerk weitgehend zerstört.

Nach Chomeinis Tod beschlossen seine Nachfolger, das Projekt wieder aufzunehmen. Doch Siemens war, vermutlich auf Druck der USA, nicht zur Fortsetzung der Arbeit bereit. Schließlich wandte sich Iran an Russland. 1995 unterzeichneten beide Länder einen Vertrag. Für das wirtschaftlich angeschlagene Russland stellte der Bau ein lukratives Geschäft dar. Geplant war der Bau von zwei Druckwasserreaktoren. Kosten für den Iran: 100 Millionen Dollar. Darüber hinaus sicherte das Projekt etwa 1000 russischen Fachkräften einen Arbeitsplatz und führte Iran als guten Handelspartner näher an Russland. Es wurde von vornherein festgelegt, dass die Reaktoren nicht zu militärischen Zwecken genutzt werden durften. Zur Sicherheit sollten die verbrauchten Brennelemente nach Russland transportiert werden. Damit sollte die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass Iran das angefallene Plutonium für den Bau von Atomwaffen verwendet.

Doch Washington bleibt mißtrauisch und argumentiert, dass Iran mit seinen grossen Erdgas- und Erdölvorkommen über ausreichende Reserven zur Energieproduktion verfüge und Atomkraftwerke nicht nötig habe. Demgegenüber erklärt Iran, es sei für das Land ökonomisch vorteilhafter, Erdöl und Gas zu exportieren und stattdessen die Energieversorgung der einheimischen Bevölkerung durch Atomkraftwerke zu gewährleisten. Washington befürchtet auch den Technologietransfer von Russland nach Iran. Es sei bekannt, dass

nach dem Zerfall der Sowjetunion zahlreiche Fachkräfte mit hohem technologischem Wissen arbeitslos seien. Viele von ihnen erhielten nicht mehr als 50 Dollar für ihren monatlichen Lebensunterhalt. So sei die Versuchung gegen gutes Geld einem fremden Land zu dienen, sehr groß.

Entgegen dieser Vermutung schlossen Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) nach mehrmaligen Besuchen vor Ort kriegerische Absichten aus. Russland und Iran versuchen immer wieder gegenteilige Befürchtungen auszuräumen. Präsident Putin betonte mehrmals, Russland gewähre schon aus eigenem Interesse niemals Iran die Möglichkeit zur Herstellung von Atomwaffen.

Doch allen Beteuerungen zum Trotz setzt Washington Russland bezüglich der engen Zusammenarbeit mit Iran weiter unter Druck, so zuletzt beim Bush-Putin-Gipfel im Mai diesen Jahres in Moskau und dem Treffen der G 8 im Juni in Kanada. Auf der anderen Seite zielt Washingtons Politik weiter auf eine Isolierung Irans. Das seit zwei Jahrzehnten verhängte Wirtschaftsembargo dauert an. Es ist auf das Drängen Washingtons zurückzuführen, dass die Gas- und Erdöl-Pipeline von Aserbaidschan nach Europa nicht den kürzesten und wirtschaftlichsten Weg durch Iran zum Persischen Golf nimmt, sondern durch Georgien und die Türkei. Dasselbe gilt für die Gaspipeline, deren Bau vor wenigen Tagen durch ein Abkommen zwischen Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan endgültig festgelegt wurde. Danach soll die Pipeline nicht durch Iran, sondern durch die genannten Länder führen. Die USA versuchten ebenfalls, die EU an einem Handelsabkommen mit Iran zu hindern. Dass dies nicht ganz gelang (siehe weiter unten) hat mit dem Widerstand einiger Staaten Europas zu tun, die auf den iranischen Markt nicht verzichten wollten.

In Iran scheint man allmählich die sich aus der Isolierung ergebenden Verluste, aber auch die ständigen Drohungen aus den USA ernst zu nehmen. Zwar hatte Revolutionsführer Khamenei vor einigen Wochen jeden Versuch, mit den USA zu verhandeln, als Schwäche und Verrat bezeichnet und damit vorerst sämtliche Türen, die durch Reformen vorsichtig um einen Spalt geöffnet

worden waren, zugeschlagen. Daraufhin hatte der oberste Chef der Teheraner Justizbehörde, Alizadeh, der sich übrigens Mitte Juni zu Verhandlungen in Berlin aufhielt, erklärt, jeder, der sich positiv zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten äußere, werde rechtlich verfolgt. Wenige Tage später versuchte sein Stellvertreter Marvi die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen. Während sich sein Chef in Deutschland aufhielt, gab er bekannt, die Erklärung beruhe auf einem Missverständnis. Man sei davon ausgegangen, dass der Nationale Sicherheitsrat nach den Äußerungen des Revolutionsführers jede Verhandlung mit den USA ausgeschlossen habe. Dennoch erklärte Alizadeh nach seiner Rückkehr aus dem Ausland, der Beschluss seines Amtes sei nach wie vor gültig.

Doch weder die Äußerungen des Revolutionsführers, noch der Beschluss der Teheraner Justizbehörde konnten Ex-Staatspräsident Rafsandjani, den die Beobachter in Teheran für den mächtigsten Mann des Gottesstaates halten, daran hindern, am 28. Juni während des Freitagsgebets zu erklären, Iran habe keineswegs die Absicht, eine „abenteuerliche Politik“ gegenüber der USA zu verfolgen. „Wenn die USA guten Willen zeigen“, sagte er „und andere Staaten als gleichberechtigt akzeptieren, wird Iran bereit sein, auf allen Gebieten mit den USA zusammen zu arbeiten. Afghanistan ist ein gutes Beispiel für diese Zusammenarbeit. Die Amerikaner selbst waren für die Hilfe, die wir ihnen im Bezug auf Afghanistan gewährt haben, dankbar. Doch man beschuldigt uns, den Terrorismus zu unterstützen, nur weil wir mit den Palästinensern solidarisch sind. Heute gehören Palästina und USA zu den wichtigsten Problemen, die auch in unserem Land aktuell sind. Denn die meisten Konflikte, mit denen wir konfrontiert sind, sind zwischen uns, USA und Israel. Die restlichen Staaten der Welt sind mit uns befreundet oder sie verhalten sich neutral.“

Dass Rafsandjani sich soweit nach vorn wagte und den USA nicht nur Aufnahme von Verhandlungen, sondern sogar eine umfassende Zusammenarbeit anbot, schien die Behauptung einiger Reformer zu bestätigen. Beauftragte von Rafsandjani hätten im April dieses Jahres mit Vertretern der USA auf Zypern geheime Gespräche geführt. Es

wird auch die Vermutung geäußert, dass der türkische Staatspräsident Sezer bei seinem Besuch Mitte Juni in Teheran eine Botschaft aus Washington mitbrachte, die Rafsandjani zu seinen Äußerungen ermuntert haben könnte.

In der Tat deuten die jüngsten Indizien darauf hin, dass Washington Iran gegenüber eine Doppelstrategie verfolgt: einerseits die verbalen Attacken und der massive Druck und andererseits Geheimgespräche und bestimmte Signale, die als Zeichen des Willens zur Versöhnung gelten könnten. Zu diesen Signalen gehört auch die öffentliche erklärte Bereitschaft der USA, den Opfern des Erdbebens in Iran helfen zu wollen. Präsident Bush persönlich äußerte seine Anteilnahme und sagte, die USA seien bereit, ohne jegliche Bedingungen den Erdbebenopfern jede erwünschte Hilfe zu gewährleisten. Wörtlich fügte er hinzu: „Für die Linderung menschlicher Qualen gibt es keine politischen Grenzen.“ Danach gab das US-Außenministerium bekannt, dass es über die Schweizer Botschaft in Teheran, die die Interessen der USA in Iran vertritt, der iranischen Regierung die Bereitschaft seines Landes mitgeteilt habe, den Opfern Nahrungsmittel, Zelte und auch finanzielle Hilfen zur Verfügung zu stellen. Noch erstaunlicher als dieses Hilfsangebot war die Erklärung Präsident Chatamis, Iran bedanke sich für das Angebot und werde es annehmen.

Dass sowohl die meisten Konservativen als auch die Reformer die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA herbeiwünschen, blieb kaum jemandem verborgen. Es geht offensichtlich jetzt nur noch darum, welche Seite die Fäden in die Hand nimmt und wen die USA als verlässlicheren Partner vorziehen werden.

#### **Türkischer Staatspräsident Sezer in Teheran**

Der türkische Staatspräsident Sezer hielt sich Mitte Juni zwei Tage lang zu einem offiziellen Staatsbesuch in Teheran auf. Die Beziehung zwischen den Nachbarstaaten Iran und Türkei ist keineswegs unproblematisch. Während vor der islamischen Revolution beide Länder sogar militärisch eng zusammenarbeiteten, trennte die islamische Revolution nahezu alle Bande. Die Isla-

misierungsabsichten der neuen Führer in Iran und der Versuch, auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus für den Islam zu werben und die Revolution zu exportieren ließ in Ankara die Alarmglocken läuten. Andererseits betrachteten die neuen Machthaber in Teheran die Türkei als ein Land, von dem aus die „Feinde des Gottesstaates“ die islamische Republik unterwandern und gefährden könnten. Anlass zu dieser Befürchtung lieferte der Umstand, dass die Türkei Mitglied der NATO und enger Verbündeter der USA war. Es gab auch andere Anlässe, die das gegenseitige Misstrauen vertieften. Zum Beispiel gewährte Iran nach Meinung der Türken Mitgliedern der PKK Zuflucht. Iran hingegen protestierte, dass die Türkei zahlreiche iranische Oppositionelle aufnahm, darunter auch Mitglieder bewaffneter Organisationen.

Doch dieses Misstrauen konnte die Tatsache nicht verdrängen, dass beide Länder vor allem wirtschaftlich mehr oder weniger auf einander angewiesen sind. Die Türkei stellt für Iran nicht nur einen enormen Absatzmarkt dar, sondern auch das Tor zu den Märkten Europas. Auf der anderen Seite bezieht die Türkei Erdöl aus Iran und exportiert Waren in das Land. Das Handelsvolumen zwischen Teheran und Ankara betrug im Jahre 2001 1,2 Milliarden Dollar. Die Türkei exportiert Eisen, Stahl, Kunststoff, Maschinen, Textilien, Zucker, Ersatzteile für Fahrzeuge, Pflanzenöl. Iran war im vergangenen Jahr nach Libyen der größte Öllieferant der Türkei.

Zwischen der Türkei und Iran gibt es eine starke Konkurrenz in Aserbaidschan, in Mittelasien, auch in Afghanistan. Auch im Bezug auf den Irak sind die Positionen beider Länder divergierend. In Anbetracht dieser Umstände war der Besuch des türkischen Staatspräsidenten nicht frei von Belastungen. Doch beide Seiten bilanzierten den Besuch als erfolgreich und stellten fest, dass er zur Annäherung der beiden Staaten geführt und eine neue Ära der Freundschaft eingeleitet habe.

Iran versicherte der Türkei, dass es terroristischen Organisationen keine Gelegenheit geben werde, vom iranischen Territorium aus Aktionen gegen die Türkei durchzuführen. Die Staatspräsidenten vereinbarten die Einrich-

tung eines „roten Telefons“. „Wen Ihnen etwas Sorge bereitet, können Sie mich sofort anrufen“, sagte Chatami zu seinem Amtskollegen.

Es fiel allerdings auf, dass der türkische Staatspräsident offensichtlich darauf verzichtete, Revolutionsführer Khamenei seine Aufwartung zu machen. Es kann aber auch sein, dass der Revolutionsführer nicht den Wunsch hatte, den Gast aus dem Nachbarstaat zu empfangen. Sezer verzichtete auch darauf, am Grab Chomeinis einen Kranz nieder zu legen, genauso wie iranische Staatsmänner bei ihrem Besuch in der Türkei stets auf eine Kranzniederlegung an Attatürks Grabstätte verzichteten.

In Teheran wurde nicht zuletzt auch darüber spekuliert, ob der türkische Staatspräsident nicht deshalb ohne seine Gattin gereist sei, weil sie sonst eine Kopfbedeckung hätte tragen müssen.

Doch ungeachtet all dieser Nebensächlichkeiten erklärte der türkische Staatspräsident auf einer Pressekonferenz, sein Land werde mit aller Kraft die Regierung Chatami und dessen Reformprogramm unterstützen.

#### **Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der EU**

Bereits im Mai waren zwischen Iran und dem EU-Ministerrat Verhandlungen über ein umfassendes Handelsabkommen geführt worden. Die Verhandlungen mussten vertagt werden, weil einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union um Bedenkzeit gebeten hatten. Es war unstritten, ob man das Abkommen mit bestimmten politischen Forderungen bezüglich der Achtung der Menschenrechte oder der Unterstützung terroristischer Aktivitäten durch den iranischen Staat verknüpfen sollte. Hinzu kam der Druck aus Washington, der unter allen Umständen das Abkommen verhindern sollte.

Gegenwärtig beträgt das Handelsvolumen zwischen Iran und der EU rund 12 Milliarden Dollar. Ein umfassendes Handelsabkommen würde den Export für iranische Waren erheblich erleichtern und den iranischen Markt für größere Investitionen aus den EU-Staaten öffnen. Ferner würde es Iran den Weg zur Auf-

nahme in die Welthandelsorganisation ebnen.

Der EU-Ministerrat beschloss auf seiner Sitzung Mitte Juni, mit der Islamischen Republik Iran Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen aufzunehmen. Offenbar gelang es den USA nicht, die EU-Staaten von diesem Schritt abzuhalten. Das Argument der Befürworter des Abkommens, man könne dadurch eine größere Öffnung Irans erreichen und damit die Reformbewegung stärken, konnte offensichtlich Staaten wie Deutschland und Holland, die zunächst dem Abkommen die Erfüllung einiger politischer Voraussetzungen voranstellen wollten, von der Richtigkeit der Entscheidung überzeugen.

Die Regierung in Teheran begrüßte die Entscheidung.